

# Beschlussbuch Kreisdelegierten- versammlung

21. September

20

18



SPD Marzahn-Hellersdorf

## Inhaltsverzeichnis

<b>Soziale Gerechtigkeit.....</b>	<b>3</b>
Strategische Entscheidung für mehr Gerechtigkeit: Einkommen erhöhen und Berlinerinnen und Berliner entlasten (10/06) [Annahme in geänderter Fassung].....	3
<b>Schulbau / Bezirk.....</b>	<b>8</b>
„Grundschule am Schleipfuhl“ – Ergänzungsbau endlich bauen (10/06) [Annahme] .....	8
<b>Wohnungsbau .....</b>	<b>9</b>
Das Tempelhofer Feld moderat mit sozialem Wohnungsbau und Parkgestaltung für die wachsende Stadt entwickeln (10/06, 10/04) [Annahme].....	9
Vorkaufsrecht für Mieter bei Verkauf von Wohnungen (10/06) [zurückgezogen].....	10
<b>Verkehr.....</b>	<b>11</b>
Seilbahn zu sozialverträglichen Preisen sichern und in den ÖPNV integrieren: Die SPD Berlin muss sich zur Seilbahn auf dem ehemaligen IGA-Gelände bekennen (10/06) [Annahme].....	11
<b>Integration.....</b>	<b>12</b>
Für einen von ausländischen Staatsinteressen unabhängigen Islam, zur besseren Integration – den Populisten den Nährboden entziehen!“ (AG MuV, 10/08) [Annahme in geänderter Fassung].....	12
<b>Gleichstellung.....</b>	<b>14</b>
Frauentag zum Feiertag! Den 8. März zum gesetzlichen Feiertag in Berlin machen (10/06) [Annahme] .....	14
<b>Statutenanträge.....</b>	<b>15</b>
Antrag zur künftigen Wahl des oder der Kreisvorsitzenden per Urwahl im Land (10/08) [zurückgezogen] .....	15
Antrag zur künftigen Wahl des oder der Kreisvorsitzenden per Urwahl in Marzahn-Hellersdorf (10/08) [zurückgezogen].....	16
<b>Initiativanträge.....</b>	<b>17</b>
Antrag zur künftig Einrichtung einer Strategiekommission [Annahme].....	17
Einrichtung eines Tagungspunktes „Aktuelle Diskussion“ bei den Kreisdelegiertenversammlungen in Marzahn-Hellersdorf [Annahme].....	18
Missbilligung des Ergebnisses im Falle des politischen Fehlverhaltens des Präsidenten des Verfassungsschutzes Maaßen [Annahme in geänderter Fassung] .....	19
Maaßen muss gehen – Rote Linien für eine glaubwürdige SPD! [Annahme] .....	20

# Soziale Gerechtigkeit

---

Antragsnummer	07-2018/2
Antragssteller	10/06 Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord
Thema	Strategische Entscheidung für mehr Gerechtigkeit: Einkommen erhöhen und Berlinerinnen und Berliner entlasten
KDV-Beschluss	Annahme in geänderter Fassung

- 1 Die KDV Marzahn-Hellersdorf hat beschlossen:
- 2 Der Landesparteitag möge beschließen

3 Unser Berlin entwickelt sich dank sozialdemokratischer Politik zur führenden, lebens- und lie-  
4 bewerten Metropole. Jede andere Gesamtanalyse erscheint durch die tatsächliche Entschei-  
5 dung zehntausender Menschen pro Jahr, in unsere Stadt ziehen und hier leben zu wollen, als  
6 zweifelhafte Stimmungsmache. Dieser Prozess birgt jedoch zugleich Widersprüche und Un-  
7 gleichheiten. Berlin ist zum Beispiel sowohl Stadt der Start-ups, Mieterinnen- und Mieterstadt,  
8 aber auch Stadt der Deindustrialisierung und der Transfergeldempfängerinnen und -  
9 empfänger. Insbesondere der Bereich der Mieten- und Wohnungspolitik verdeutlicht  
10 Knappheit, Verdrängung und kritische Belastung des verfügbaren Familieneinkommens.

11 Obwohl das real verfügbare Einkommen der Berlinerinnen und Berliner nach den unabweisba-  
12 ren Lebenshaltungskosten, wie zum Beispiel den Mietausgaben sinkt, steht Deutschland welt-  
13 weit in einer Spitzenposition wirtschaftlich gut da. Insoweit findet nach wie vor eine schlei-  
14 chende Umverteilung von „unten nach oben“ statt. Das ist unvernünftig und ungerecht.

15 Um die Relation zwischen verfügbarem Familieneinkommen und dessen Belastung, zum Bei-  
16 spiel durch Mieten zu verbessern, ist neben den mietenpolitischen Instrumenten, an deren  
17 Ausweitung wir weiterhin festhalten, zugleich die Einkommenssituation zu verbessern. Noch  
18 immer bleibt den Berlinerinnen und Berlinern zu wenig in Ihrem Portemonnaie übrig. Wir müs-  
19 sen die Menschen, durch politische Vorgaben, besserstellen, zumal sich Berlin durch unsere  
20 Politik gut entwickelt hat. Seit Jahren erwirtschaften wir hohe Haushaltsüberschüsse, zuletzt in  
21 Höhe von weit über zwei Milliarden Euro im Jahr. Von diesem Kurswechsel wird Berlin durch  
22 verstärkten Binnenkonsum und Steuermehreinnahmen erneut profitieren.

23 Die Berliner SPD braucht auch nicht zögerlich vor den erwartbaren reflexartigen Bedenken zu-  
24 rückzuschrecken. Auch unsere seinerzeitige Entscheidung, die ehemalige Berliner Immobilien  
25 Holding (BIH) mit ihren über 40.000 Wohneinheiten nicht zu veräußern, damals ein strategi-  
26 scher Wechsel, erweist sich heute als richtige und wesentliche Richtungsänderung. Die strate-  
27 gische Richtungsänderung und Ausrichtung auf Rekommunalisierung hat nicht etwa zum sozi-  
28 alistischen Zusammenbruch geführt; vielmehr stehen zum Beispiel die Berliner Wasserbetriebe  
29 wirtschaftlich gut da und konnten zugleich die Wasser- und Abwasserpreise für die Berlinerin-  
30 nen und Berliner gesenkt werden. Die Einführung des Mindestlohnes im Vergabe- und Lan-  
31 desmindestlohngesetz hat der wirtschaftlichen Entwicklung Berlins so wenig geschadet, wie

32 die City-Tax dem Tourismus- und Hotelgewerbe oder die Erhöhung der Grunderwerbssteuer  
33 der Bauindustrie, obwohl die jeweiligen Lobbyisten stets zuvor den Untergang des Sektors her-  
34 beiredeten. Die dadurch geschaffenen Spielräume konnten allerdings zur deutlichen Entlas-  
35 tung der Berliner Familien genutzt werden, zum Beispiel bei der kostenfreien Bildung von der  
36 Kita bis zur Uni; heute bundesweite SPD-Politik. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass bei den  
37 Menschen selbst mehr Geld am Ende des Monats übrig bleibt und ihnen gleichzeitig die Sorgen  
38 vor Altersarmut und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen nehmen.

39 **Mit diesem Strategiewechsel verfolgen wir folgende politische Ziele:**

- 40 1. die Berliner Bevölkerung soll vom Wirtschaftswachstum effektiv profitieren
- 41 2. Anerkennung für geleistete Arbeit und solidarischen Verzicht der Berlinerinnen und  
42 Berliner in der Vergangenheit
- 43 3. eine gute und funktionsfähige Verwaltung durch bessere Personalgewinnung, damit  
44 die Menschen

45

46 **10 Instrumente für höhere Einkommen, finanzielle Entlastung und damit echte Gerechtigkeit:**

- 47 1. *Angleichung des Mindestlohns auf ein altersarmutsfestes Niveau, damit man auch im*  
48 *Alter von seiner eigenen Leistung leben kann, z.B. Landesmindestlohngesetz, Vergabe-*  
49 *gesetz*

50

51 Diese gesetzgeberische Intervention ist wegen des Lohnabstandsgebotes der wichtigste  
52 Ausgangspunkt zur Gesamtverbesserung der Einkommenssituation der Berlinerinnen  
53 und Berliner und zugleich der Aspekt, der den Landeshaushalt am wenigsten belastet.  
54 Dabei kommt dem Berliner Vergabegesetz neben dem Landesmindestlohngesetz eine  
55 wichtige volkswirtschaftliche Steuerungsgröße zu, da das Volumen unserer öffentli-  
56 chen Vergaben mit mehreren Milliarden Euro im Jahr eine hohe Relevanz hat, zumal auf  
57 unser strategisches Betreiben hin die Investitionsquote Berlins deutlich gestiegen ist,  
58 wie nicht zuletzt auch die erfolgreiche Schulbau- und Sanierungsoffensive zeigen. Wir  
59 wollen auch nicht auf dem von den Grünen vorgeschlagenen Niveau eines Stundenloh-  
60 nes in Höhe von 10,50 Euro stehen bleiben, sondern streben einen altersarmutsfesten  
61 Mindestlohn an. Nach Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums ist derzeit bei ei-  
62 ner wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden über 45 Jahre versicherungspflichtiger  
63 Beschäftigung hinweg ein Stundenlohn von 12,63 Euro erforderlich, um eine Rente in  
64 Höhe der Grundsicherung zu erreichen.

65

- 66 2. *Anpassung der Einkommen für den öffentlichen Dienst an das Bundesniveau für die Ta-*  
67 *rifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamte des Landes Berlin und der Bezirke*

68

69 Berlin ist seinen Beschäftigten zu großem Dank verpflichtet. Sie haben mit dem Solidarpakt  
70 einen Verzicht geleistet, um die nahezu ausweglose haushalts- und finanzpolitische Situation  
71 nach der Überwindung der Teilung der Stadt und nach dem einhergehenden Wegfall der be-  
72 sonderen Förderung Berlins überwinden zu helfen. Berlin spürt den bundesweiten Personal-  
73 mangel in nahezu jedem Bereich. Wir stehen dabei in Konkurrenz zu anderen Arbeitgebern und  
74 dem Arbeitgeber Bund. Dabei ist das Konkurrenzverhältnis durch die Konzentration von Bun-  
75 desbehörden und der öffentlichen Arbeitgeber hier bundesweit einmalig und das Land Berlin in  
76 einem erheblichen Wettbewerbsnachteil, da hier eine Abwerbung von Beschäftigten einfach  
77 stattfindet. Die Bundesbehörden zahlen regelmäßig ein deutlich höheres Grundentgelt und

78 zudem erhebliche Ministerial- und andere Behördenzuschläge. Dieser Attraktivitätsvorsprung  
79 ist ein Hemmnis für eine funktionierende Landesverwaltung. Zu dem politischen Ziel, das ver-  
80 fügbare Einkommen der Berlinerinnen und Berliner zu erhöhen, tritt hier ein wesentlicher Teil-  
81 aspekt der Fachkräftegewinnung. Wir treten in allen öffentlichen Sektoren gemeinsam mit den  
82 Gewerkschaften für eine Angleichung der Gehälter im öffentlichen Dienst an die Entgelte des  
83 Bundes noch in dieser Legislaturperiode ein. Dabei berücksichtigen wir besonders, dass es die  
84 Angestellten sind, die höhere Gehälter für sich wie in der Regel auch für die Beamtinnen und  
85 Beamten erstreiken. Wir fühlen uns dem Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit verpflichtet.  
86 Deshalb treten wir für eine Angleichung der Nettogehälter von Angestellten und Beamten ein.  
87 Die private Krankenversicherung und die Beihilfe der Beamten sind zu berücksichtigen.  
88

- 89 3. *strukturelle Verbesserung bei der Eingruppierung unserer Beschäftigten, z.B. Verände-*  
90 *rung einfacher und mittlerer Dienst, insbesondere bei der Feuerwehr, Höhergruppie-*  
91 *rung insbesondere von Kita- und Pflegekräften und pädagogischem Personal, Verein-*  
92 *heitlichung des Besoldungs- und Entgeltsystems und -Niveaus innerhalb Berlins (Bezir-*  
93 *ke, Land)*

94  
95 Wir nehmen besonders die unteren Besoldungs- und Tarifgruppen in den Blick. Der Se-  
96 nat wird in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften und Beschäftigtenvertretungen  
97 dem Abgeordnetenhaus ein Konzept zur Beschlussfassung vorlegen, dass durch  
98 Eingruppierungs- und Umgruppierungsvorschläge zu strukturellen Verbesserungen in  
99 diesem Sektor führt. Dabei ist zum Beispiel bei der Feuerwehr ein analoger Weg, wie bei  
100 der Polizei zu verfolgen und das Lohnabstandgebot zum Mindestlohn zu beachten. In  
101 den Bereichen Kita und Pflege und bei sonstigem pädagogischen Personal sind deutliche  
102 Höhergruppierungen zu erreichen. Wir treten in allen öffentlichen Sektoren ge-  
103 meinsam mit den Gewerkschaften für eine Angleichung der Gehälter im öffentlichen  
104 Dienst zwischen Land und Bezirken noch in dieser Legislaturperiode ein.  
105

- 106 4. *vollständige Tarifbindung aller Landesunternehmen, Beteiligungen, inklusive aller Kon-*  
107 *zerntöchter und durch Beherrschungs- und/oder Gewinnabführungsverträge verbun-*  
108 *denen Unternehmen und zwar nach den oben genannten Maßstäben*

109  
110 Wir beenden den inakzeptablen Zustand tarifloser Beschäftigung in von uns maßgeb-  
111 lich beeinflussten Unternehmen. Kein landeseigenes Mutter- oder Tochterunterneh-  
112 men und kein maßgeblich beeinflusstes Unternehmen beschäftigt zukünftig Mitarbei-  
113 terinnen oder Mitarbeiter ohne Tarifbindung. Wir werden in diesen Unternehmen un-  
114 abhängig von ihrer Rechtsform gemeinsam mit den Gewerkschaften und Beschäftig-  
115 tenvertretungen noch in dieser Legislaturperiode eine Tarifbindung auf dem jeweils  
116 vergleichbaren Bundesniveau erreichen; grundsätzlicher Maßstab ist der TVöD.  
117

- 118 5. *keine weiteren Auslagerungen öffentlicher Aufgaben, weder mit dem Ziel noch mit der*  
119 *Folge schlechterer Bezahlung*

120  
121 Der Weg der Auslagerung öffentlicher Kernaufgaben ist ein Irrweg und beendet. Auch  
122 das gesellschafts- und handelsrechtlich zulässige Auslagern in Tochterunternehmen  
123 oder zu Dienstleistern ist zukünftig zu unterbinden und zwar bereits dann, wenn die  
124 Maßnahme zwar nicht das Ziel, aber die Folge von ungleicher Bezahlung hat.  
125

- 126 6. *Gleichbezahlung von Frau und Mann*  
127

128 Für uns ist die gleiche Vergütung gleicher Tätigkeiten von Frau und Mann eine Selbst-  
129 verständlichkeit und trotzdem keine gesellschaftliche Realität. In allen Bereichen, öf-  
130 fentlicher oder privater Natur, unmittelbar oder mittelbar Beschäftigter, Auftragneh-  
131 mer und Zugeschlagenen in öffentlichen oder solchen Vergaben oder Dienstleistungen,  
132 auf die Berlin zumindest maßgeblichen Einfluss ausübt, werden wir diese Selbstver-  
133 ständlichkeit durchsetzen.

134

135 7. *konsequente Entfristung von Beschäftigungsverhältnissen*

136

137 Die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen sehen wir generell kritisch. Insbeson-  
138 dere erkennen wir einen bundesgesetzlichen Wertungswiderspruch zwischen der ge-  
139 setzlichen Probezeit und deren faktischer Ausdehnung durch befristete Beschäftigung.  
140 Wir streben in Berlin generell unbefristete Beschäftigungsverhältnisse an. Sachgrund-  
141 lose Befristungen werden vollständig ausgeschlossen. In allen Bereichen, öffentlicher  
142 oder privater Natur, unmittelbar oder mittelbar Beschäftigter, Auftragnehmer und Zu-  
143 geschlagenen in öffentlichen oder solchen Vergaben oder Dienstleistungen, auf die Ber-  
144 lin zumindest maßgeblichen Einfluss ausübt, werden wir diese politische Vorgabe  
145 durchsetzen.

146

147 8. *konsequente Fortsetzung des Weges gebührenfreier Bildung und bei gleichwertiger*  
148 *Mobilität mit dem ÖPNV in allen Kiezen unserer Stadt sowie Prüfung sonstiger Entlas-*  
149 *tungsmöglichkeiten der Berlinerinnen und Berliner*

150

151 Die Berliner SPD hat als erste die strategische Entscheidung zu einer vollständigen Ge-  
152 bührenfreiheit bei der Bildung getroffen und umgesetzt. Seit August ist der Kitabesuch  
153 vollständig gebührenfrei. Der Besuch des Hortes wird für die Klassenstufen 1 und 2 ab  
154 2019 gebührenfrei sein und ohne Bedarfsprüfung ermöglicht. Wir haben zudem für alle  
155 Grundschulen die Lernmittelfreiheit eingeführt. Diesen Weg der erheblichen Entlastung  
156 von Familien gehen wir konsequent weiter zu einer vollständig kostenfreien Bildung  
157 und werden die Hortgebühren der übrigen Klassenstufen ebenso abschaffen, wie den  
158 Elternbeitrag beim Kita- und Schulesen. Als weiteren wichtigen Aspekt einer Entlas-  
159 tung der Berlinerinnen und Berliner sehen wir die begonnenen Vergünstigungen im Ta-  
160 rifgefüge des ÖPNV an. Da diese Politik zugleich geeignet erscheint, einen wesentlichen  
161 Beitrag zur Verkehrswende zu einem stadtverträglichen Verkehr zu leisten und die  
162 Umwelt und unsere Luft zu schützen, werden wir diesen Weg konsequent fortsetzen  
163 und insbesondere Familien und einkommensschwache Berlinerinnen und Berliner un-  
164 terstützen.

165 9. *Abschaffung der Umlagemöglichkeit der Grundsteuer auf Mieterinnen und Mieter*  
166 *(Bundesrecht)*

167 Die Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf die Mieten führt zu einer erheblichen Ein-  
168 kommensbelastung. Wir finden es in Ansehung der erheblichen Renditen und So-  
169 zialpflichtigkeit des Eigentums gerecht, diese Umlagefähigkeit abzuschaffen. Wir for-  
170 dern unsere Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, entsprechende Initiativen zu  
171 ergreifen und fortzusetzen.

172 10. *Anpassung der Sozialtransfers im Bereich des Landes (z.B. Mietzuschüsse) und des Bun-*  
173 *des (z.B. „Hartz IV“)*

174 Der Berliner Senat legt dem Abgeordnetenhaus die Sozialtransfers betreffend ein Kon-  
175 zept zur Beschlussfassung vor, dass an die realen Preisentwicklungen angepasst. Wir  
176 fordern unsere Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, entsprechende Initiativen  
177 zu ergreifen und fortzusetzen.

178 Die SPD-Mitglieder im Senat, Berliner Abgeordnetenhaus, Deutschen Bundestag, in den Be-  
179 zirksämtern und Bezirksverordnetenversammlungen werden aufgefordert, diese politischen  
180 Vorgaben durch gesetzliche Regelungen um- und durch Gesellschafterweisungen und Anpas-  
181 sungen in den jeweiligen Zielbildern und Vereinbarungen sowie entsprechende Beschlüsse  
182 durchzusetzen. Hierzu ist dem Parteitag im Herbst 2019 und fortlaufend zu berichten.

# Schulbau / Bezirk

---

Antragsnummer	05-2018/2
Antragssteller	10/06 Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord
Thema	„Grundschule am Schleipfuhl“ – Ergänzungsbau endlich bauen
KDV-Beschluss	Annahme

183 Die KDV Marzahn-Hellersdorf hat beschlossen:

184 Die SPD Marzahn-Hellersdorf spricht sich dafür aus, dass zum Schuljahr 2019 für die „Grund-  
185 schule am Schleipfuhl“ zusätzliche Unterrichtskapazitäten in direktem Umfeld der Schule z.B.  
186 durch Mobile Unterrichtscontainer bereitstehen.

187 Die sozialdemokratischen Mitglieder der BVV und der sozialdemokratische Bezirksstadtrat  
188 werden aufgefordert, sämtliche politischen Bemühungen zu unternehmen, damit die Grund-  
189 schule am Schleipfuhl zum Schuljahresbeginn 2019 über zusätzliche Unterrichtskapazitäten  
190 verfügt, z.B. durch einen Neubau oder Schulcontainer. Dabei ist sicherzustellen, dass diese zum  
191 Schuljahresbeginn 2019 auch tatsächlich genutzt werden können. Die bestehende Tram-  
192 Planung darf der Verbesserung der Unterrichtskapazität nicht im Wege stehen, muss aber der-  
193 zeit auch nicht aufgehoben werden. Stattdessen kann der Schul-/Containerbau zunächst erfol-  
194 gen und die Zeit bis zur konkreter Planung einer Tram in 10 oder 20 Jahren genutzt werden, um  
195 ggf. Schule und Tram einvernehmlich zu ermöglichen.

196 Begründung:

197 Die „Grundschule am Schleipfuhl“ ist eine Brennpunktschule in Hellersdorf, deren räumliche Situation  
198 als dramatisch einzuschätzen ist. Das Bezirksamt hat seit Jahren einen Schulneubau versprochen, der  
199 aber im Frühjahr diesen Jahres gestrichen wurde, weil plötzlich eine alte Tram-Planung bekannt wurde.  
200 Ob und wann diese Tram tatsächlich kommt, ist unklar. Vordergründig wichtig ist jedoch, dass die Schule  
201 endlich zusätzliche Unterrichtskapazitäten zB durch einen Container erhält, ohne die Tram-Planung der-  
202 zeit zu entscheiden.



# Wohnungsbau

---

Antragsnummer	03-2018/2
Antragssteller	10/06 Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord 10/04 Alt-Marzahn
Thema	Das Tempelhofer Feld moderat mit sozialem Wohnungsbau und Parkgestaltung für die wachsende Stadt entwickeln
KDV-Beschluss	Annahme

203 Die KDV Marzahn-Hellersdorf hat beschlossen:

204 Der Landesparteitag möge beschließen

- 205 1. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert,  
206 sich dafür einzusetzen, dass geprüft wird, ob mit einer Randbebauung des Tempelhofer  
207 Feldes der Wohnungsnot in Berlin gegengewirkt werden kann. Es müssen Sozialwoh-  
208 nungen gebaut werden. Zusätzlich soll eine gleiche Anzahl Wohnungen genossen-  
209 schaftlich verwaltet werden.  
210
- 211 2. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert,  
212 sich dafür einzusetzen, dass geprüft wird, wie durch landschaftsgärtnerische Gestal-  
213 tung eine soziale und ökologische Aufwertung des Geländes inklusive Baum- und  
214 Strauchpflanzungen, Sitzmöglichkeiten, Sport- und Spielplätze für alle Altersgruppen  
215 zu schaffen ist. Die gegenwärtige Brache wird den Anforderungen der wachsenden  
216 Stadt nicht gerecht.  
217
- 218 3. Eine Einbindung in das Gesamtverkehrskonzept der Stadt ist dabei unabdingbar.

219 **Begründung:**

220 Heute liegen im Gegensatz zur Zeit des Volksentscheides zum Tempelhofer Feld andere Voraussetzun-  
221 gen vor. Das Senatskonzept von damals sah neben sozialem Wohnungsbau auch Bauen durch und für  
222 Private Investoren vor. Das mag zur mehrheitlichen Ablehnung einer Bebauung beim Volksentscheid  
223 beigetragen haben.

224 Bekanntermaßen gibt es in Berlin zunehmend weniger Wohnungen mit sozialverträglichen Mieten. Der  
225 von der SPD geführte Senat muss das Heft in die Hand nehmen und Miethaien entgegenwirken. Deshalb  
226 sollte geprüft werden, das Tempelhofer Feld zu bebauen. Mit der Verschärfung der Mietsituation muss  
227 der ehemals eine Bebauung ablehnende Volksentscheid neu bewertet werden. Der Senat muss ein Kon-  
228 zept erarbeiten, das den Volksentscheid zwar würdigt, aber auch in der aktuellen Situation entsprechend  
229 neu bewertet. Eine teilweise Bebauung des Tempelhofer Feldes ist zudem attraktiver, günstiger und  
230 planbarer als die Auswirkungen der gegenwärtig in den existierenden Quartieren erfolgende Nachver-  
231 dichtungen.

232 Mit zunehmender Bevölkerungszahl steigt auch der Bedarf an Grün sowie an Sport- und Spielplätzen für  
233 Alt und Jung. Das Tempelhofer Feld im jetzigen Zustand ist ein teilweise mit Gras bewachsendes Ödland  
234 mit fast keinem Baumbestand. Das erfüllt den Bedarf der Stadt nicht. Eine tatsächliche „Grüne Lunge“ in  
235 der Stadt zu etablieren, wäre ein guter Schritt für die Zukunft der Stadt.

Antragsnummer	06-2018/2
Antragssteller	10/06 Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord
Thema	<b>Vorkaufsrecht für Mieter bei Verkauf von Wohnungen</b>
KDV-Beschluss	zurückgezogen durch Antragssteller

236 Die KDV Marzahn-Hellersdorf möge beschließen

237 Der Landesparteitag möge beschließen

238 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Bundestages werden  
239 aufgefordert, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Kauf von Wohnungen  
240 durch Mieter oder Mietergenossenschaften durch ein gesetzliches Vorkaufsrecht zu stärken.  
241 Durch gesetzliche Regelungen soll erreicht werden, dass dem jeweiligen Mieter bei dem Ver-  
242 kauf einzelner Wohnungen oder ganzer Wohnhäuser entweder selbst oder durch eine Mieter-  
243 genossenschaft ein Vorkaufsrecht eingeräumt wird. Dieses Vorkaufsrecht soll bei jedem Ver-  
244 kauf der Wohnung dem Mieter ein Wahlrecht einräumen, ob er seine Wohnungen selbst oder  
245 bei dem Verkauf ganzer Mietshäuser durch eine Mietergenossenschaft erwirbt oder davon  
246 Abstand nimmt und Mieter bleibt. Dadurch soll das Wohneigentum der Mieter und von Genos-  
247 senschaften gestärkt werden.

248 Begründung:

249 Erfolgt mündlich

# Verkehr

---

Antragsnummer	08-2018/2
Antragssteller	10/06 Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord
Thema	Seilbahn zu sozialverträglichen Preisen sichern und in den ÖPNV integrieren: Die SPD BERLIN muss sich zur Seilbahn auf dem ehemaligen IGA-Gelände bekennen
KDV-Beschluss	Annahme

250 Die KDV Marzahn-Hellersdorf hat beschlossen:

251 Der Landesparteitag möge beschließen

- 252 1. Die Seilbahn muss dauerhaft für die Allgemeinheit gesichert werden. Ein Rückbau ist  
253 auszuschließen;
- 254 2. Die Seilbahn ist – als Teil der BVG - in den VBB-Tarif (Berlin AB) zu integrieren;
- 255 3. Die Seilbahn muss bis zur abgeschlossenen Tarifintegration sozialverträgliche Preise  
256 anbieten;
- 257 4. Ein Seilbahnkonzept als Ergänzung des ÖPNV ist auch für andere Berliner Bezirke ist zu  
258 prüfen.  
259  
260  
261

## 262 Begründung

263 Die Seilbahn war zu Recht das Symbol der IGA. Sie verbindet Marzahn und Hellersdorf. Und das soll auch  
264 so bleiben. Jetzt muss sie ein Wahrzeichen für Berlin und den Bezirk werden - dauerhaft und zu sozial-  
265 verträglichen Preisen. Diese Position muss sich die SPD zu Eigen machen.  
266

267 Es geht um einen sozialen und wirtschaftlichen Beitrag für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf, und zwar  
268 nicht nur für den Tourismus. Es geht auch darum, ein Stück weit das Stigma eines Bezirkes abzulegen,  
269 den man im Zweifel noch nie freiwillig besucht hat. Die wirtschaftlichen Effekte sind nicht zu unter-  
270 schätzen: Wer Seilbahn fährt, trinkt später Kaffee, kommt beim nächsten Mal zu den Gärten der Welt  
271 und erzählt seinen Nachbarinnen und Nachbarn davon. Die SPD braucht im Berliner Osten ein Vorzeige-  
272 projekt, um gegen die anderen Parteien bestehen zu können.  
273

274 Die Erfahrung lehrt: Wer einmal in der Seilbahn gesessen hat, ist begeistert von der Aussicht und Per-  
275 spektive auf Berlin und das Umland, und von einem „erhebenden“ Gefühl. Dafür muss stärker geworben  
276 werden: Das Seilbahn-Marketing birgt Nachfragereserven.  
277

278 Die Seilbahn muss in den VBB-Tarif (Berlin AB) eingebunden werden. Alles andere wäre nicht sozialde-  
279 mokratisch. Eine Einbindung in den ÖPNV sorgt für breite Akzeptanz. Die Seilbahn darf kein Wahrzei-  
280 chen vor der Haustür sein, das man sich nicht leisten kann. Bis dahin ist ihre Nutzung zu sozial verträgli-  
281 chen Preisen anzubieten.

282 Seilbahnen finden weltweit eine hohe Akzeptanz. Deshalb sollte auch für andere Berliner Bezirke geprüft  
283 werden, wie dieses umweltfreundliche, nachhaltige Verkehrsmittel dort in den ÖPNV integriert werden  
284 kann.

# Integration

---

Antragsnummer	04-2018/2
Antragssteller	AG Migration und Vielfalt 10/08 Wuhletal-Süd
Thema	Für einen von ausländischen Staatsinteressen unabhängigen Islam, zur besseren Integration – den Populisten den Nährboden entziehen!“
KDV-Beschluss	Annahme in geänderter Fassung

285 Die KDV Marzahn-Hellersdorf hat beschlossen:

286 Der Landesparteitag möge beschließen

287 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und in der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus  
288 mögen sich für folgende Regelungen auf Landesebene einsetzen und zur Umsetzung bringen.

289 Für die Förderung eines eigenständigen, organisierten Islam als in Deutschland etablierte und  
290 akzeptierte Religionsgemeinschaft ist es notwendig, dass durch einen Staatsvertrag zwischen  
291 dem Land Berlin und den Berliner islamischen Verbänden bzw. Moscheegemeinden die Voraus-  
292 setzungen hierfür geschaffen werden.

293 Ziel ist es, ein Islamverständnis zu fördern, welches die demokratischen Werte der Gesellschaft  
294 und die festgeschriebenen Grundrechte aufnimmt.

295 Die Staatsverträge mit muslimischen Verbänden bzw. Organisationen sollen folgende Ziele,

296 - Befähigung zur Gründung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts – vergleichbar den  
297 christlichen Kirchenorganisationen -,

298 - die muslimische Religionsausübung im Verhältnis zum Staat,

299 - den Religionsunterricht,

300 - die Unabhängigkeit von ausländischen staatspolitischen Interessen sowie Finanzierung,

301 regeln.

302 Die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Einrichtung eines islamischen Instituts an der Hum-  
303 boldt-Universität zu Berlin mit vier Lehrstühlen zum Wintersemester 2018/2019 sind auszu-  
304 bauen. Gleichzeitig kritisieren wir vehement die Zusammensetzung des Beirats, der sich aus-  
305 schließlich aus konservativen und fundamentalistischen Verbänden zusammensetzt, die einem  
306 liberalen Islam entgegenstehen.

307 Begründung:

308 Die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere die Ballungszentren wie Berlin, sind seit Jahrzehnten  
309 Zielland von Einwander\*innen aus Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung, die auch hier ihr  
310 Recht wahrnehmen, ihre Religion auszuüben. Was seit den 1960er Jahren überwiegend Bürger aus der  
311 Türkei betraf, war in den 90er Jahren vom Balkan, in den 2000er aus u.a. aus der Nordkaukasus-Region

312 und seit 2015 auch vermehrt aus den sog. „Maghreb-Staaten“ Nordafrikas jedoch ganz überwiegend aus  
313 dem arabischen Raum, wie Syrien und Irak festzustellen.

314 Seit vielen Jahren wird dem Bedürfnis der muslimischen Bürger\*innen nach freier Religionsausübung in  
315 den verschiedenen Gemeinden durch religiöse Kulturvereine nachgekommen. Bei der Mehrzahl der tür-  
316 kisch dominierten Vereine handelt es sich um Vereine des Dachverbands Ditib, dessen Personal und Ob-  
317 jekte vom türkischen Religionsministerium gestellt und finanziert werden. Diese Form, die auf Grund der  
318 Arbeitsmigration bzw. Anwerbung entwickelt und durch Verträge zwischen der Bundesrepublik  
319 Deutschland und der Türkischen Republik vereinbart wurden, sind nicht mehr zeitgemäß.

320 Sie bedürfen neuer, auf Integration ausgerichtete Strukturen. Hinzu kommt, dass die Türkei zwischen-  
321 zeitlich ihre bislang eher laizistische Ausrichtung aufgegeben hat und eine politische Einflussnahme  
322 über die türkischen Staatsbeamten als Imame der Ditib-Vereine ausübt.

323 Für die vielen arabischen Zuwander\*innen gibt es hingegen aufgrund von fehlenden Finanzierungen  
324 nicht genügend Angebote, die sich sichtbar und offen an diese Gruppe wenden.

325 Arabische Vereine finanzieren sich überwiegend frei, dürften jedoch bei einer konservativ-sunnitischen  
326 Ausprägung insbesondere finanziellen Zuwendungen aus Saudi-Arabien zur Durchsetzung der  
327 wahabitischen Form der Glaubensauslegung als saudische Staatsreligion offen gegenüber stehen.

328 Bei allen Imamen ist jedoch zu beobachten, dass diese sich zwar bemühen, auf Deutsch zu predigen,  
329 jedoch selten einen persönlichen oder religiösen Bezug zur Lösung von auftretenden Alltagsproblemen  
330 insbesondere auf Basis der Werteordnung des Grundgesetzes oder mehrheitsgesellschaftskonforme  
331 Lösungen anbieten können.

332 Die gerade aus traditionalistisch-konservativen Kreisen ablehnenden und teilweise verunglimpfenden  
333 Reaktionen, aber auch die wohlwollenden Reaktionen aus der Mehrheitsgesellschaft auf die Eröffnung  
334 der ersten liberalen Moschee in Berlin, die eine durchaus auch unter integrierten Muslimen mehrheits-  
335 fähige Auslegung des Islam vertritt, der die Gleichstellung von Mann und Frau, Homosexuellen sowie  
336 religiösen Minderheiten vereinbart, zeigen, dass hier dringender gesetzgeberischer Handlungsbedarf  
337 besteht.

338 Dieses liberale Islamverständnis sollte politisch unterstützt, gesellschaftlich aufgegriffen und mit einem  
339 islamwissenschaftlichen Diskurs an den Hochschulen in Deutschland (insbesondere in Berlin) weiter-  
340 entwickelt werden.

# Gleichstellung

---

Antragsnummer	09-2018/2
Antragssteller	10/06 Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord
Thema	Frauentag zum Feiertag! Den 8. März zum gesetzlichen Feiertag in Berlin machen
KDV-Beschluss	Annahme

341 Die KDV Marzahn-Hellersdorf hat beschlossen:

342 Der Landesparteitag möge beschließen

343 Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat von Berlin mögen sich dafür einsetzen, den 8. März - den Internationaler Frauentag - in Berlin zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären.

346 Begründung:

347 Der am 8. März jährlich stattfindende Internationaler Frauentag geht auf die Forderung Clara Zetkins  
348 anlässlich der ersten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1907 zurück und wurde 1975 durch  
349 die Vereinten Nationen offiziell zum jährlichen Feiertag erklärt.

350 Ursprüngliches Hauptziel war das Frauenwahlrecht. 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts in  
351 Deutschland und kurz vor dem 100. Jubiläum der ersten Rede einer Frau in einem deutschen Parlament  
352 1919 kann Berlin nun ein starkes Zeichen setzen indem es den 8. März als erstes Bundesland in Deutsch-  
353 land zum Feiertag erklärt.

354 Weltweit steht der Tag dafür, den Frauen Respekt und Anerkennung für ihre Aufopferungen und Leis-  
355 tungen zu bekunden. Er steht heute für das Ziel, eine vollständige Gleichberechtigung der Geschlechter  
356 zu erreichen. Der 8. März ist ein Tag der Würdigung und gleichzeitig ein Tag der Mahnung. Gesellschaft-  
357 liche Würdigung für die großen Verdienste, welche Frauen alltäglich für das Allgemeinwohl leisten und  
358 für die bereits erzielten Erfolge der Frauenbewegung. Gesellschaftliche Mahnung, dass niemals nachge-  
359 lassen werden darf und weiter für die Gleichberechtigung der Frauen gekämpft werden muss!

360 Ein gesetzlicher Feiertag bietet Zeit und Raum zur aktiven politischen Partizipation. Ähnlich wie der Tag  
361 der Arbeit, welcher einen festen Platz für das Hervorbringen von Anliegen der abhängig Beschäftigten  
362 schafft, kann der Frauentag die Sichtbarkeit der Anliegen von Frauen nur befördern.

# Statutenanträge

---

Antragsnummer	01-2018/2
Antragssteller	10/08 Wuhletal-Süd
Thema	Antrag zur künftigen Wahl des oder der Kreisvorsitzenden per Urwahl im Land
KDV-Beschluss	zurückgezogen vom Antragssteller

363 Die KDV Marzahn-Hellersdorf möge beschließen

364 Der Landesparteitag möge beschließen

365 Die Kreise sollen zukünftig die Möglichkeit erhalten den oder die Kreisvorsitzende per Mitgliederentscheid zukünftig per geheimer Wahl unter allen Mitgliedern des Kreises - Briefwahl oder  
366 Abstimmung am Wahltag (Kreisvollversammlung) - zu wählen.  
367

368 Die Wahl des Weiteren Vorstands findet weiterhin im bekannten Modus statt.

Antragsnummer	02-2018/2
Antragssteller	10/08 Wuhletal-Süd
Thema	Antrag zur künftigen Wahl des oder der Kreisvorsitzenden per Urwahl in Marzahn-Hellersdorf
KDV-Beschluss	zurückgezogen vom Antragssteller

369 Die KDV Marzahn-Hellersdorf möge beschließen

370 Der Landesparteitag möge beschließen

371 Sollte eine entsprechende Statutenänderung vom Landesverband noch nicht beschlossen wor-  
372 den, führt die SPD Marzahn-Hellersdorf im Vorfeld der nächsten Kreisvorstandswahlen einen  
373 nicht rechtlich bindenden Mitgliederentscheid per Briefwahl oder Kreisvollversammlung durch.  
374 Die KDV bestätigt sodann formell diese Entscheidung.

375 Begründung:

376 Kreisvollversammlungen und direkte Demokratie sind eine stolze Tradition der Ostberliner SPD, die seit  
377 2008 jedoch durch Landesstatute abgeschafft wurde. Im Zuge der Erneuerung der SPD soll diese offene  
378 und partizipative Form der Entscheidungsfindung wieder aufgegriffen werden.

379 Wer die Worte der SPD-Erneuerung und Stärkung der Abteilung als Basis der politischen Willensbildung  
380 ernst nehmen will, muss basisdemokratische Prozesse verändern und die Kandidaten für den Kreisvor-  
381 sitz in die Pflicht nehmen, nicht nur vor Wahlen präsent zu sein sondern für Projekte und Ideen der  
382 Basis mehr zu werben und eigene Mehrheiten abteilungsübergreifend zu organisieren und die eigenen  
383 Mitglieder künftig für die Belange des Kreises mehr „mitzunehmen“.

384 Durch die direkte Wahl durch die Mitglieder steigt die demokratische Legitimation des Kreisvorsitzenden  
385 und die Bedeutung des Kreisvorstandes. Dies hat im Vorfeld der Kreiswahl einen echten und direkten  
386 Wettbewerb zur Folge, der aus Sicht der aktiven Mitgliedern.



# Initiativanträge

---

Antragsnummer	Ini1-2018/02
Antragssteller	Aus Mitte der Versammlung ( Initiatoren: Christian Linke, Paul Kneffel)
Thema	Einrichtung einer Strategiekommission
KDV-Beschluss	Annahme

387 Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:

388 Die SPD Marzahn-Hellersdorf richtet eine für alle Mitglieder des Kreises offenen Arbeitskreis  
389 „Strategiekommission“ ein. Ziel des Arbeitskreises ist die Erarbeitung einer umfassenden stra-  
390 tegischen und inhaltlichen Ausrichtung der Partei bis zur Wahl 2021 ein. Dieser erarbeitet eine  
391 Beschlussvorlage für den Kreisvorstand.

392

393 Begründung:

394 Die Dringlichkeit ist geboten, da der Prozess einer umfassenden und für alle Mitglieder offenen Erarbei-  
395 tung einer Strategie und Erstellung eines bezirklichen Wahlprogramms frühzeitig beginnen sollte. Eine  
396 Einrichtung zu einem späteren Zeitpunkt z.B. erst nach der ersten KDV 2019 würde diesen Prozess in  
397 einen unnötigen Zeitdruck bringen.

Antragsnummer	Ini2-2018/02
Antragssteller	Aus Mitte der Versammlung ( Initiatoren: Abt. 10/06)
Thema	Einrichtung eines Tagungspunktes „Aktuelle Diskussion“ bei den Kreisdelegiertenversammlungen in Marzahn-Hellersdorf
KDV-Beschluss	Annahme

398 Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:

399 Um den Delegierten der Kreisdelegiertenversammlung Gelegenheit zu geben, sich zu aktuellen  
400 Themen auszutauschen, wird bei künftigen Kreisdelegiertenversammlungen die Tagesordnung  
401 durch eine „Aktuelle Diskussion“ eingeleitet (z.B. 15 min, Redezeit 1 min).

402 Begründung:

403 Die politischen Ereignisse der letzten Jahre, insbesondere aber der Zeit nach der Bundestagswahl 2017,  
404 haben gezeigt, dass die wichtigen aktuellen Ereignisse sich auf den Kreisdelegiertenversammlungen  
405 zum Teil ungenügend widerspiegeln. Als eine politische Partei müssen wir uns neben den Problemen  
406 aus dem Innenleben der Partei oder lokalen Angelegenheiten auch mit wichtigen Fragen und Problemen  
407 von nationalem und internationalem Ausmaß entsprechend befassen und diskutieren.

Antragsnummer	Ini3-2018/02
Antragssteller	Aus Mitte der Versammlung ( Initiatoren: 10/06)
Thema	Missbilligung des Ergebnisses im Falle des politischen Fehlverhaltens des Präsidenten des Verfassungsschutzes Maaßen
KDV-Beschluss	Annahme in geänderter Fassung

408 Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:

409 Die Teilnehmer der KDV Marzahn-Hellersdorf missbilligen das Ergebnis der zwischen den Par-  
410 teivorsitzenden von CDU/CSU und SPD erzielten Einigung um das politische Fehlverhalten des  
411 Verfassungsschutzpräsidenten Maaßen (CDU). Insbesondere wird gerügt, dass die Parteivorsit-  
412 zende der SPD ein Ergebnis mitträgt, bei dem die SPD im Endergebnis der alleinige „Nettozah-  
413 ler“ in einer Affäre ist, die alleine CDU und CSU zu verantworten haben. Der Bundesvorstand  
414 der SPD wird aufgefordert, das Verhandlungsergebnis nicht zu akzeptieren.

415

416 Begründung:

417 Die Maaßen-Affäre ist alleine durch CDU/CSU verursacht worden. Die Öffentlichkeit hat erwartet, dass  
418 CDU/CSU auch die Verantwortung für eine Bereinigung übernehmen und dafür Sorge tragen, dass Maa-  
419 ßen aus seiner Position entfernt wird. Im Ergebnis der Verhandlung steht nun jedoch die SPD als der  
420 alleinige Verlierer da, da sie ohne Not zugestimmt hat, aus einer Entlassung von Maaßen eine Beförde-  
421 rung zu machen und dafür noch die Position eines SPD-Staatssekretärs im BIM geopfert hat. Die vorge-  
422 tragene Begründung (notwendiger Erhalt der GroKo) fördert in der Bevölkerung in massiver Weise den  
423 Eindruck, dass die SPD keine Haltung zeigt, wankelmütig ist und wegen ihrer Angst, Ministerposten zu  
424 verlieren, ihre Prinzipien verrät. Diese Argumentation spiegelt in keiner Weise den Anspruch der SPD auf  
425 (innere) Erneuerung wider, sondern macht eine progressive Diskussion in der Öffentlichkeit unmöglich.

Antragsnummer	Ini4-2018/02
Antragssteller	Aus Mitte der Versammlung ( Initiatoren: Jusos MH)
Thema	Maaßen muss gehen – Rote Linien für eine glaubwürdige SPD!
KDV-Beschluss	Annahme

426 Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:

427 Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen muss mit sofortiger Wirkung entlassen werden. Wir fordern die SPD-Minister\*innen auf, einer Versetzung von  
428 Maaßen auf eine Stelle als Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, wie bereits von  
429 Bundesinnenminister Horst Seehofer angekündigt, nicht zuzustimmen. Seine Äußerungen im  
430 Zusammenhang mit den Ereignissen in Chemnitz sowie vorheriges Fehlverhalten bei den Fragen der Beobachtung von Anis Amri oder dem Landesverratsvorwurf gegenüber Journalist\*innen des Portals netzpolitik.org disqualifizieren Hans-Georg Maaßen von allen Ämtern  
431 innerhalb der Bundesregierung. Der Staatssekretär für Bau, Gunther Adler, muss weiterhin im  
432 Amt bleiben! Eine Entlassung oder Versetzung ist nicht verhandelbar!  
433  
434  
435  
436

437 Des Weiteren soll der SPD Parteivorstand rote Linien klar definieren, die zukünftig über einen  
438 Fortbestand der Großen Koalition entscheiden sollen. Die SPD darf nicht als bereitwillige Helferin in einer Koalition auftreten, die zu Teilen den Rechtsruck in der Bundesrepublik Deutschland  
439 verschärft und Vertrauen in die Demokratie und das politische System zerstört. Einzelne Projekte dürfen für uns kein Vorwand bleiben, die fatale Politik von Seehofer und Co. still hinzunehmen. Eine vorzeitige Beendigung der Großen Koalition muss eine mögliche Option der SPD  
440 sein, um das demokratiegefährdende Wirken der CSU zu unterbinden. Unser Anspruch ist es,  
441 das Leben der Menschen zu verbessern. Wenn wir bei der Durchsetzung von sinnvollen Einzelmaßnahmen aber einen Vertrauensverlust in uns und die Demokratie in Kauf nehmen, ist am  
442 Ende Niemandem geholfen. Die Vertreter\*innen der SPD Marzahn-Hellersdorf sollen diese Position aktiv nach außen tragen!  
443  
444  
445  
446  
447  
448

449 Begründung:

450 Die Dringlichkeit ist geboten, da der Prozess einer umfassenden und für alle Mitglieder offenen Erarbeitung einer Strategie und Erstellung eines bezirklichen Wahlprogramms frühzeitig beginnen sollte. Eine Einrichtung zu einem späteren Zeitpunkt z.B. erst nach der ersten KDV 2019 würde diesen Prozess in  
451  
452  
453 einen unnötigen Zeitdruck bringen.